



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Cleinow, G.: Bemerkungen zum Tage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Bemerkungen zum Tage

Die Friedensnote des Papstes. Wir erkennen jedem Menschen ohne Unterschied seines Bekenntnisses, Nationalität oder Parteizugehörigkeit das Recht zu, den Versuch zu machen, dem Kriegswahnsinn ein Ende zu setzen; was wir von einem solchen Vermittler verlangen, ist nur, daß er seine Vermittlung aus allgemein menschlichen Gesichtspunkten, nicht aber aus eigensüchtigen Interessen unternimmt. Deshalb haben wir auch den Versuch der Sozialisten aller Länder den Frieden anzubahnen gut geheißten, wenn wir auch der Möglichkeit eines baldigen Erfolges skeptisch gegenüberstanden und stehen. Wir begrüßen auch den jüngsten Versuch des Papstes Benedikt des Fünfzehnten, den Sinn der Völker oder richtiger ihrer Regierungen friedlich zu stimmen. Es ist nicht nur seine Pflicht, als Oberhaupt der katholischen Menschheit von Zeit zu Zeit den Mahnruf zum Frieden ertönen zu lassen, — als einer hochgestellten Persönlichkeit im Aufbau der menschlichen Gesellschaft überhaupt erkennen wir ihm rückhaltlos das Recht zu und heißen seine Friedensbotschaft als ganzes genommen gern willkommen.

Papst Benedikt greift in den großen Prozeß der Menschheit, der wieder einmal zu dramatischen Höhepunkten aufgestiegen ist, ein, wie der Vorsitzende einer Schöffengerichtsverhandlung, der gern einen Vergleich der Parteien zustande bringen möchte und bestens den psychologischen Moment zu erhaschen sucht, in dem die Streitenden schließlich doch angeekelt von dem ganzen Prozeß und seinem Drum und Dran, empfänglich für ein versöhnendes Wort geworden sind. Manchmal gelingt es bei dem ersten leisen Versuch, — meist sind erst viele beschwerliche und unerfreuliche Prozeßstadien zu überwinden, ehe ein Wort vom Vergleich überhaupt nur verstanden wird. Der Heilige Vater hat schon verschiedene Schritte unternommen, um die Menschen zur Vernunft zu bringen; er hat nach seinem eigenen Bekenntnis „unablässig die kriegführenden Völker und Regierungen ermahnt, wieder Brüder zu werden“. Mehr als wir wissen, denn es ist „nicht alles bekannt gegeben“ worden, was seitens des Papstes in dieser Richtung getan wurde.

Ob der gegenwärtige Augenblick der psychologisch richtige ist, soll hier nicht erörtert werden: wir gehören zu den Kriegführenden und so gern wir wieder zu friedlicher Beschäftigung zurückkehrten, sehen wir nirgends eine Möglichkeit dazu: will uns doch das Heer unserer Gegner eingeständenermaßen ein für allemal die Kraft zur Selbstbestimmung brechen und unsere friedliche Arbeit Bedingungen unterwerfen, die jede Aussicht auf Entwicklung und Lohn der Arbeit von vornherein ausschließt. Erst in den allerletzten Tagen hat England wieder zwei Länder, China und Siam, gezwungen, in den kriegerischen Prozeß gegen uns einzugreifen. Aber vielleicht hindert uns nur unsere einseitige Kampfstellung, die Geeignetheit

des Augenblicks richtig zu bewerten; wir geben zu, daß der Heilige Vater einen tieferen Einblick in die Stimmung der Streitenden haben kann, wie wir. Unsere Friedensbereitschaft hat er jedenfalls richtig bewertet; ob der von ihm gewählte Weg gangbar ist, wollen wir einmal untersuchen.

Was der Papst glaubt von Deutschland fordern zu können, erscheint reichlich viel und wir verstehen, daß weite Kreise die Vergleichsvorschläge, soweit Deutschland damit belastet wird, als ungeeignet bezeichnen, den Ausgangspunkt von Verhandlungen zu bilden. Aber auch ganz allgemein vom europäischen Standpunkt aus betrachtet, kann die gewählte Form nicht als aussichtverheißend bezeichnet werden. Der Heilige Vater wendet sich mit seinen Vorschlägen an „alle Kriegsführenden“, also auch an die Russen und Japaner, und doch ignoriert er in seinen konkreten Vorschlägen die Bedeutung, die die mongolische Welt durch den Krieg Europa gegenüber gewonnen hat, vollständig. Eine Garantie der Freiheit auf dem Meere erscheint uns wesenlos, sobald wir uns erinnern, welche gewaltige Wirtschaftsmacht Japan durch den Krieg geworden ist, eine Macht, die dem, was für uns „zivilisierte Welt“ ist, jede Ausbreitungsmöglichkeit im fernen Osten unterbinden, mindestens auf viele Jahrzehnte unterbinden kann, sofern der Krieg ohne eine grundsätzliche Umwälzung der vor seinem Ausbruch bestehenden Verhältnisse ausgehen soll. Darauf aber zielen im allgemeinen die Vorschläge des Papstes: an die Stelle des starken, reichen Europa soll ein geschwächtes treten, belastet obendrein mit einem neuen Polen auf den Gebieten, „welche zum ehemaligen Königreich Polen gehörten“.

„Vor allem muß der Grundgedanke sein“, heißt es in dem Schreiben des Heiligen Vaters, „daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Rechtes tritt; hieraus folgt ein billiges Einbernehmen aller zum Zwecke gleichzeitiger und gegenseitiger Verminderung der Rüstungen nach bestimmten Regeln und unter gewissen Sicherheiten bis zu dem Maße, das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in jedem Staate notwendig und ausreichend ist; sodann an Stelle der Streitkräfte die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit mit ihrer hohen friedentiftenden Wirkung gemäß vereinbarter Normen unter Androhung bestimmter Nachteile gegenüber dem Staate, der sich weigern sollte, entweder die internationalen Streitfragen der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen oder deren Entscheidungen anzunehmen.“

Wenn einmal auf diese Weise die Vorherrschaft des Rechtes hergestellt ist, möge man jedes Hindernis beseitigen, das dem Verkehr der Völker im Wege steht, indem man in gleicher Weise durch feste Regeln die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der Meere sichert; dies würde einerseits vielfache Konfliktgründe ausschalten, anderenteils allen neue Quellen des Wohlstandes und Fortschritts eröffnen.

Was den Ersatz der Schäden und der Kriegskosten betrifft, so sehen wir kein anderes Mittel, die Frage zu lösen, als daß wir den allgemeinen Grundsatz eines vollständigen und gegenseitigen Verzichts aufstellen, der im übrigen durch die unendlichen aus der Abrüstung sich ergebenden Wohltaten gerechtfertigt ist; dies um so mehr, als die Fortsetzung eines solchen Blutvergießens einzig und allein aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu verstehen wäre. Wenn es andererseits noch besondere Gründe für gewisse Fälle geben sollte, möge man sie mit Gerechtigkeit und Billigkeit abwägen.

Aber diese friedlichen Vereinbarungen mit ihren unermesslichen Vorteilen, die sich aus ihnen ergeben, sind nicht möglich ohne die beiderseitige Herausgabe der gegenwärtig besetzten Gebiete. Folglich seitens Deutschlands: vollständige Räumung Belgiens mit Garantie seiner vollen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber gleichviel welcher Macht. Gleichfalls Räumung des französischen Gebietes; seitens der anderen kriegführenden Parteien eine ähnliche Herausgabe der deutschen Kolonien.

Was die strittigen territorialen Fragen betrifft, beispielsweise die zwischen Italien und Österreich, zwischen Deutschland und Frankreich, so kann man hoffen, daß die streitenden Parteien in Anbetracht der unermesslichen Vorteile, die ein mit Abrüstung verbundener dauerhafter Frieden bringt, gewillt sind, sie aus einer verjöhnlichen Gesinnung heraus zu prüfen, dabei den Bestrebungen der Völker nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen, wie wir es bei früherer Gelegenheit gesagt haben, Rechnung zu tragen und gelegentlich die Sonderinteressen dem Allgemeinwohl der großen menschlichen Gemeinschaft einzuordnen.

Derselbe Geist der Billigkeit und Gerechtigkeit wird die Prüfung der anderen territorialen und politischen Fragen leiten müssen, besonders derjenigen, welche sich auf Armenien, auf die Balkanstaaten und auf Gebiete beziehen, welche zum ehemaligen Königreich Polen gehörten, dem seine edlen geschichtlichen Überlieferungen und die von ihm insonderheit während des gegenwärtigen Krieges erduldeten Leiden gerechterweise das Mitgefühl der Nationen gewinnen müssen.

Dies sind die hauptsächlichsten Grundlagen, auf denen, wie wir glauben, sich die kommende Neuordnung der Völker stützen muß.“

So weit der Wortlaut der päpstlichen Vorschläge. Wohin zielen sie? An der guten Gesinnung des Papstes allen Nationen gegenüber ohne Ansehen ihres Bekenntnisses wollen wir nicht zweifeln. Daß die Vorschläge des Oberhauptes der katholischen Kirche im übrigen von katholischem Geiste getragen sind, darf uns nicht in Erstaunen versetzen. Aber vielleicht ist es gerade der katholische Geist, der Schwierigkeiten übersehen läßt und über Gefühlswerte der nicht katholischen Welt hinweggeht, die schließlich doch den Ausschlag geben müssen, weil sie am Ende doch der Widerschein nationaler und staatlicher Realitäten sind, über die nur hinweggeschritten werden könnte nach völliger Niederwerfung der in Frage kommenden Nationen und Staaten.

Zu solchen unantastbaren Gefühlswerten, die fest in den realen Bedürfnissen des deutschen Volkes und Reiches wurzeln, gehört die Regelung der polnischen Frage, gehört auch die Hereinziehung Elsaß-Lothringens in den Rahmen der Verhandlungen. Elsaß-Lothringen ist deutsches Reichsland seit fast einem halben Jahrhundert. Die elsass-lothringische Frage ist eine innere Frage des Deutschen Reiches, solange nicht fremde Heere das Gebiet erobern. Dazu scheint aber doch die Aussicht recht gering. Gegenstände der Verhandlung können doch nur solche Gebiete bilden, die von einem der Kämpfenden erobert und besetzt worden sind: Belgien, Nordfrankreich, die russischen Provinzen mit Einschluß Polens und die deutschen Kolonien. Entschieden ist es abzulehnen, auf den Grundlagen eines Programms zu verhandeln, das „die Prüfung“ der „territorialen und politischen Fragen“ vorzieht, „die sich auf Gebiete beziehen, welche zum ehemaligen Königreich Polen gehören“. — Es ist eine harte Zumutung, bald fünfzig Jahre nach der

Reichsgründung noch über Gebiete im internationalen Konzert verhandeln zu sollen, die hundertfünfzig Jahre zu Preußen gehören, während unsere Truppen täglich die Grenze gegen Osten hinauschieben! Hier wird ziemlich unverhüllt darauf hingezielt, Posen und Westpreußen mit Polen zu vereinigen, das zu seiner Wiederherstellung bisher nichts, aber auch gar nichts beigetragen hat, es sei denn die Versuche, Deutschland und Österreich-Ungarn gegeneinander zu verhetzen. Zwar gehört die polnische Frage seit einem Jahrhundert und länger zu den Requisiten der päpstlichen großen Politik, aber daß sie hier und in diesem Zusammenhange vorgetragen werden kann, ist doch in erster Linie die Folge des Manifestes vom 5. November 1916, das die eroberten russischen Provinzen an der Weichsel in einen polnischen Staat umwandelte. Dieser polnische Staat mit seinen katholischen Bewohnern hat zu Beschützern die internationale Demokratie, die Entente, und den Heiligen Vater, während die von uns eroberten russischen Weichselprovinzen immer auch noch im Deutschen Reiche einen Beschützer sich erhalten mochten, solange sie von ihm noch etwas erhoffen konnten. Jetzt sind die Polen glücklich so weit uns gegenüber gekommen, daß sie fast schon als der umworbene Geber und nicht der geduldetete Nehmer auftreten können.

Wir wollen uns auf eine eingehende Auseinandersetzung mit den einzelnen Vorschlägen des Papstes hier nicht einlassen. Nach dem Gesagten wird man vielleicht mit mir zu dem Schluß kommen, daß die an sich dankenswerten Versuche des Heiligen Vaters, den Frieden herbeizuführen, größere Aussicht auf Erfolg haben würden, wenn in ihnen nicht doch das vatikanische Interesse in seiner Beschränkung auf Europa an der Gestaltung der Dinge nach dem Kriege gar zu sehr in den Vordergrund geschoben würde.

Wir will es scheinen, daß der jüngste Versuch an dem gleichen Mangel leidet, der die Versuche der Sozialisten auszeichnete: es regt sich das Bestreben, auf den Trümmern des zivilisierten liberalen Europa bereits der eigenen Macht eine Wurzelstätte zu bereiten. Würde der Heilige Vater bei seinen Friedensbemühungen auch den Bedürfnissen der nicht vatikanischen Welt mehr Rechnung tragen, als er es in seinem letzten Schreiben getan, so kämen die Völker dem Frieden vielleicht näher.

G. Kleinow

